

Der Bericht ist bereits als Buch erschienen, und daher nicht mehr im Internet verfügbar.

AutorInnen: Herausgeben von Clemens Jabloner, Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger, Georg Graf, Robert Knight, Lorenz Mikoletzky, Bertrand Perz, Roman Sandgruber, Karl Stuhlpfarrer und Alice Teichova

Titel: **Schlussbericht der Historikerkommission der Republik Österreich**

Untertitel: Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich. Zusammenfassungen und Einschätzungen

Bibliographie: 2003. 520 S., ISBN 3-486-56744-6 (D) ISBN 3-7029-0474-3 (A)
Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission
Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich, Band 1
(EUR) €29,80

<http://www.oldenbourg.de/>

R. Oldenbourg Verlag



Beschreibung: Die Historikerkommission der Republik Österreich wurde 1998 mit dem Mandat eingesetzt: "Den gesamten Komplex Vermögensentzug auf dem Gebiet der Republik Österreich während der NS-Zeit sowie Rückstellungen bzw. Entschädigungen (sowie wirtschaftliche oder soziale Leistungen) der Republik Österreich ab 1945 zu erforschen und darüber zu berichten". Nach rund vierjähriger Tätigkeit veröffentlicht die international zusammengesetzte Kommission nun in 53 Berichten die Ergebnisse der einzelnen Forschungsprojekte und Gutachten.

Im Schlussbericht werden im ersten Teil die verschiedenen Aspekte des Vermögensentzugs entlang der davon betroffenen Gruppen, allen voran der Jüdinnen und Juden, ebenso wie entlang der entzogenen Vermögenskategorien (Unternehmen, Liegenschaften, Wohnungen, Mobilien, Konten, Wertpapiere) behandelt. Der zweite Teil ist dem Zeitraum nach 1945 gewidmet und stellt politische, ökonomische und juristische Aspekte der Rückstellungen und Entschädigungen im historischen Kontext dar. Der umfangreiche und detaillierte Schlussbericht der Historikerkommission macht deutlich, dass keine einfachen Antworten zu finden sind.

Pressestimmen: Jabloner: "Die Historikerkommission hat somit für und inmitten der österreichischen Gesellschaft ein bedeutendes Stück Aufarbeitungsarbeit geleistet." Das Ergebnis sind 53 Berichte mit 14.000 Seiten, insgesamt waren 160 Forscher für die Kommission tätig. Veröffentlicht werden die Berichte vorerst im Internet, vorgesehen ist eine Publikation im Oldenbourg-Verlag. Ein Resümee haben die Experten in einem 453 Seiten starken Schlussbericht versucht.

Die Presse 24. Februar 2003

Der Schlussbericht liefert kein einziges Argument, irgendwann einmal einen Schlussstrich unter ein ruhmloses Kapitel österreichischer Geschichte setzen zu können. /.../Und die Ergebnisse sind erschütternd. Denn das Ungeheuerliche liegt nicht so sehr in der generellen Linie des alle Bereiche umfassenden Vermögensentzugs, der systematischen Ermordung und Vernichtung einerseits, der schleppenden Wiedergutmachungspraktiken andererseits - die Machenschaften und Strategien vor 1945 wie danach waren bekannt. Oder sollten es sein. Das Ungeheuerliche liegt vielmehr in den Details, in den Einzelschicksalen, mitunter sogar in den Nebensächlichkeiten. Die Historikerkommission verlangt damit den Verantwortlichen ab, sich mit der Rolle der Republik nicht nur in der Nachkriegszeit, sondern bis heute eingehend auseinander zu setzen. Wenn die Repräsentanten der Republik dieser impliziten Forderung des Schlussberichts nachkommen sollten, kann es nur eine Antwort geben: Viele Fälle müssen neu aufgerollt werden. Und die Arbeit der Kommission muss weitergehen. Auch wenn es schmerzt.

Thomas Trenkler, Der Standard 25. Februar 2003

Die überwiegend jungen Wissenschaftler haben akribisch die ganze Palette des Unrechts analysiert. Die Methoden der Räubereien gingen vom juristisch "ausgetüftelten Take-over" ganzer Gewerbebetriebe "bis zum blanken Gewaltakt". Es gab ein "Arisierungsgesetz", wonach jüdische Vermögen und Unternehmen in "arische" Hände zu überführen waren. /.../Die Historikerkommission habe ihre Aufgabe mit der Vorlage des Berichts zwar abgeschlossen, sagte Jabloner. Die Materie sei aber so grässlich, dass es keinen Grund gebe, "am Ende zu irgendetwas gute Miene zu machen".

Michael Frank Süddeutsche 25. Februar 2003

Inhaltsverzeichnis:

INHALT

VORWORT 15

I EINLEITUNG 17

I.1 Die Historikerkommission 17

- 1.1 Formale Grundlagen 18
- 1.2 Der Weg zur Historikerkommission 21
- 1.3 Der juristische Einschlag der Historikerkommission 27
- 1.4 Komplementäre Forschung 30
- 1.5 Wirkungen der Historikerkommission 33

I.2 Forschungsstand 39

I.3 Quellensituation 51

I.4 Methoden 48

I.5 Bewertungs- und Umrechnungsfragen 59

I.6 Historischer Rückblick – Österreich seit den 1930er Jahren 64

- 6.1 Der „Anschluss“ – Vorgeschichte 68
- 6.2 Die wirtschaftliche Situation Österreichs 73

II VERMÖGENSENTZUG – WEM WURDE VERMÖGEN ENTZOGEN? WAS WURDE ENTZOGEN? 80

II.1 Allgemeines 80

II.2 Juden und Jüdinnen („Arisierungen“) 85

- 2.1 Unternehmens- und Betriebsvermögen 94
 - 2.1.1 Die Zahl der jüdischen Betriebe 94
 - 2.1.2 Aktien- und Privatbanken 101
 - 2.1.3 Phasen der „Arisierung“ 106
- 2.2 Liegenschaften und mit Grund und Boden verbundene Rechte 108
 - 2.2.1 Jüdisches Liegenschaftsvermögen in Wien 108
 - 2.2.2 Regionale Aspekte am Beispiel Oberösterreich, Burgenland, Salzburg und Niederösterreich 112
 - 2.2.2.1 Oberösterreich 112
 - 2.2.2.2 Burgenland 114
 - 2.2.2.3 Salzburg 115
 - 2.2.2.4 Niederösterreich 116
- 2.3 Miet- und Pachtrechte 108
- 2.4 Mobilien: Hausrat, Schmuck, Bücher usw. und Kunstgegenstände 118
- 2.5 Lebensversicherungen und andere Arten von Versicherungen 123
- 2.6 Wertpapiere 126
- 2.7 Steuern und diskriminierende Abgaben 127
- 2.8 Staatsbürgerschaft 131
- 2.9 Entzogene oder nicht erfüllte Ansprüche aus Beschäftigungsverhältnissen/Berufsverbote und Berufsschäden 133
 - 2.9.1 Auswirkungen der nationalsozialistischen Machtergreifung auf Arbeitsverhältnisse 133
 - 2.9.2 Das Schadensausmaß 137
 - 2.9.3 Untersuchungen zu einzelnen Berufsfeldern 139

- 2.9.3.1 Die freien Berufe 139
 - 2.9.3.1.1 Juristische Berufe 139
 - 2.9.3.1.2 Gesundheitsberufe 142
 - 2.9.3.1.3 Die Architekten und Architektinnen sowie
Ziviltechniker und Ziviltechnikerinnen 144
- 2.9.3.2 Beamte, Beamtinnen und öffentlich Bedienstete 144
 - 2.9.3.2.1 Bildungswesen 146
 - 2.9.3.2.2 Justiz, Exekutive und Militär 148
- 2.9.3.3 Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte in der
Privatwirtschaft 149
 - 2.9.3.3.1 Die Konsequenzen der Berufsverbote und
Entlassungen für Arbeiter und Angestellte 153
- 2.10 Ausbildungsschäden – Schulbesuchsverbote,
verhinderte Berufsausbildungen 154
- 6 Inhalt

II.3 Roma und Sinti – Die Opfergruppe der so genannten „Zigeuner“ 156

- 3.1 Immobilien 159
- 3.2 Bargeld und Mobilien 161
- 3.3 Verbot des Schulbesuchs 162
- 3.4 Entzug der Gewerbeberechtigungen 163
- 3.5 Vorenthaltene Fürsorgeleistungen 164
- 3.6 Zwangsarbeit 165

II.4 Slowenen und Sloweninnen 166

- 4.1 Maßnahmen bis 1941 166
- 4.2 Aussiedlung 167
- 4.3 Verfolgung und Partisanenkampf 169
- 4.4 Slowenische Genossenschaften 169

II.5 Tschechen und Tschechinnen 170

- 5.1 Vereine 171
- 5.2 Die Filiale der Živnostenská banka und
Kreditgenossenschaften 172
- 5.3 Unternehmen und Genossenschaften 173

II.6 Kroaten und Kroatinnen im Burgenland 174

II.7 Ungarn und Ungarinnen im Burgenland 175

II.8 Regimegegner und -gegnerinnen – politisch Verfolgte 176

II.9 Homosexuelle 179

II.10 Opfer der NS-„Euthanasie“ 182

II.11 Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen 187

- 11.1 Definitionen und begriffliche Abgrenzungen 187
- 11.2 Die zahlenmäßige Entwicklung 193
 - 11.2.1 Zivile ausländische Zwangsarbeiter,
-arbeiterinnen und Kriegsgefangene 193
 - 11.2.2 KZ-Häftlinge 197
 - 11.2.3 Ungarische Juden und Jüdinnen 198
- 11.3 Alter und Geschlecht 198
- 11.4 Lebensbedingungen in der Landwirtschaft 200
- 11.5 Wer profitierte? Profitierte wer? 204

II.12 Die Umsiedlung deutschsprachiger Minderheiten 206

Inhalt 7

II.13 Kirchen und Religionsgemeinschaften 209

- 13.1 Israelitische Kultusgemeinden 209
 - 13.1.1 IKG-Wien 209

13.1.2 Kultusgemeinden außerhalb Wiens 218

13.2 Katholische Kirche 219

13.3 Die Evangelischen Kirchen 221

13.4 Andere Kirchen 222

II.14 Vereine, Stiftungen und Fonds 222

14.1 Der Stillhaltekommissar und seine Einrichtungen 223

14.2 Die Abwicklung der Vereine und Organisationen
durch den Stillhaltekommissar 225

14.3 Die Vereinsgruppen 229

14.3.1 Jüdische Vereine 229

14.3.2 Andere Vereine 230

14.4 Stiftungen und Fonds 234

14.5 Statistische Angaben zur Tätigkeit des
Stillhaltekommissars und das durch ihn eingezogene
Vermögen 235

14.6 Die Nutznießer der Tätigkeit des Stillhaltekommissars 237

II.15 Beraubung im Konzentrationslager Mauthausen 237

III. RÜCKSTELLUNGEN 241

III.1 Allgemeines 241

1.1 Österreich nach 1945 241

1.1.1 Die Okkupationstheorie 242

1.1.2 Die Annexionstheorie 243

1.1.3 Zusammenfassung 245

1.2 Die Anfänge – vom Kampf um das Deutsche
Eigentum zur Entscheidung für Naturalrestitution
geraubten Eigentums 247

1.3 Die Rückstellungsgesetze und die Entwürfe für einen
Staatsvertrag 249

8 Inhalt

III.2 Die Rückstellungsgesetze und ihre Vollziehung 254

2.1 Das Nichtigkeitsgesetz – juristische Grundlagen und
Analyse 254

2.2 Das Erste Rückstellungsgesetz – entzogenes Vermögen
in Verwaltung des Bundes oder der Bundesländer 254

2.3 Das Zweite Rückstellungsgesetz – verfallenes
Vermögen von Kriegsverbrechern und NS-Vermögen 256

2.4 Das Dritte Rückstellungsgesetz – allgemeine
Regelungen entzogenen Vermögens 257

2.4.1 Die einzelnen im Dritten Rückstellungsgesetz
vorgesehenen Ansprüche 265

2.4.1.1 Der Herausgabeanspruch 266

2.4.1.2 Anspruch auf Herausgabe der Erträge 267

2.4.1.3 Schadenersatzansprüche 268

2.4.2 Gegenansprüche des Rückstellungsgegners 268

2.4.2.1 Anspruch auf Herausgabe der Gegenleistung 268

2.4.2.2 Aufwandsersatzansprüche des Erwerbers 269

2.4.3 Der Begriff der Redlichkeit 271

2.4.4 Das zur freien Verfügung Erhaltene 272

2.4.5 Bestandverträge 274

2.4.6 Beschränkte Vererbbarkeit der Rückstellungs-
ansprüche 276

2.4.7 Fristen 277

2.5 Das Vierte Rückstellungsgesetz – die unter

nationalsozialistischem Zwang geänderten und
gelöschten Firmennamen 278
2.6 Das Fünfte Rückstellungsgesetz – entzogene Vermögen
juristischer Personen 279
2.6.1 Ausnahme für Banken, Sparkassen und
Versicherungen 280
2.7 Das Sechste Rückstellungsgesetz – Rückstellung
gewerblicher Schutzrechte 281
2.8 Das Siebente Rückstellungsgesetz – Ansprüche aus
Privatdienstverhältnissen 282
2.9 Besondere Materien 283
2.9.1 Bankenkonzessionen – Rückstellung von Banken 284
2.9.2 Apothekenkonzessionen 286
Inhalt 9
2.9.3 Gewerbeberechtigungen 287
2.10 An den Rückstellungen beteiligte Institutionen 288
2.10.1 Finanzlandesdirektionen 288
2.10.2 Rückstellungskommissionen 289
2.10.3 Finanzprokuratur 290

III.3 An wen wurde rückgestellt? 291

3.1 Juden und Jüdinnen 291
3.2 Roma und Sinti 295
3.3 Slowenen und Sloweninnen 297
3.4 Tschechen und Tschechinnen 300
3.5 Andere Personengruppen 301
3.5.1 Die abgesiedelten Bauern von Döllersheim 302
3.6 Rückstellungen bei Vereinen, Stiftungen und Fonds 304
3.6.1 Rückstellungen an Vereine 304
3.6.1.1 Vereinsgruppen 308
3.6.1.1.1. Jüdische Vereine 308
3.6.1.1.2. Übrige Vereine 309
3.6.2 Rückstellungen an Stiftungen und Fonds 311
3.6.3 Die nicht erfolgte Rückerstattung der Verwaltungs-
gebühr und der Aufbauumlage 314
3.6.4 Konzentrationsprozesse der Vereinslandschaft
nach 1945 durch das Zweite und das Dritte
Rückstellungsanspruchsgesetz 315

III.4 Die Rückstellung bei bestimmten Vermögenskategorien 318

4.1 Liegenschaften 318
4.1.1 Allgemeine Daten zur Rückstellung entzogener
Liegenschaften 318
4.1.2 Rückstellungen von Liegenschaften nach dem Ersten
und Zweiten Rückstellungsgesetz 320
4.1.3 Rückstellungen von Liegenschaften nach dem
Dritten Rückstellungsgesetz 320
4.2 Rückstellung von Unternehmen 323
4.2.1 Probleme der Bewertung 326
4.3 Mobilien 328
4.4 Wertpapiere 331
10 Inhalt

IV DER STAATSVETRAG VON WIEN UND DIE RÜCKSTELLUNGEN UND ENTSCHÄDIGUNGEN 334

IV. 1 Die Folgen des Staatsvertrags von 1955 335

1.1 Der Notenwechsel mit den Westmächten 1959 zu

Artikel 26 des Staatsvertrags 335

1.2 Artikel 26 des Staatsvertrages, die Kirchen und
Religionsgemeinschaften 339

1.2.1 Katholische Kirche 339

1.2.2 Evangelische und andere Kirchen 342

1.2.3 Israelitische Kultusgemeinde 342

1.3 Der Finanz- und Ausgleichsvertrag von Bad Kreuznach 344

IV.2 Die Regelung des Deutschen Eigentums auf Grund des Staatsvertrages 347

IV.3 Maßnahmen in Erfüllung des Staatsvertrags 353

3.1 Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz 353

3.2 Das Versicherungsentschädigungsgesetz 356

3.3 Der Abgeltungsfonds 360

3.4 Die Sammelstellen für erbloses bzw. unbeanspruch-
gebliebenes entzogenes Vermögen 364

3.4.1 Rechtliche Grundlagen 364

3.4.1.1 Die Anspruchsberechtigung nach der

1. Auffangorganisationengesetz-Novelle 365

3.4.1.2 Das Vierte Rückstellungsanspruchsgesetz 366

3.4.2 Die Tätigkeit der Sammelstellen 368

3.4.2.1 Die Erhebungen und Ausforschungen
durch die Sammelstellen 368

3.4.2.2 Ansprüche der Sammelstellen nach dem
deutschen Bundesrückerstattungsgesetz 369

3.4.2.3 Die Sammelstellen und die geschädigten
Eigentümer – die so genannten Billigkeitsfälle 370

3.4.3 Die Verteilung des erzielten Erlöses aus dem
erblosen Vermögen 371

Inhalt 11

IV.4 Rückstellungsrelevante völkerrechtliche Verpf ichtungen Österreichs aus dem Staatsvertrag 372

4.1 Die völkerrechtliche Praxis der Alliierten 372

4.2 Der Staatsvertrag als abschließende Regelung aller
aus dem „Anschluss“ erwachsenen Rechtsfragen 373

4.3 Die Umsetzung von Art. 25 und 26 Staatsvertrag
durch die Republik Österreich 374

4.3.1 Die Erfüllung der Verpflichtungen aus Art. 25
Staatsvertrag 374

4.3.2 Die Erfüllung der Restitutionsverpflichtungen
aus Art. 26 Abs. 1 Staatsvertrag 375

4.3.3 Die Erfüllung der Entschädigungsverpflichtung
aus Art. 26 Abs. 1 Staatsvertrag 376

4.3.4 Die Erfüllung der Verpflichtungen aus Art. 26 Abs. 2
Staatsvertrag durch die Gesetzgebung zu den
Sammelstellen 377

V. WEITERE FÜR DIE NS-GESCHÄDIGTEN WESENTLICHE MATERIEEN 379

V.1. Der Wiedererwerb der Staatsbürgerschaft 379

V.2. Sozialversicherungsrechtliche Regelungen 381

2.1 Die gesetzlichen Grundlagen des Sozialversicherungs-
rechts im Allgemeinen 381

2.2 Die Berücksichtigung der verschiedenen Gruppen

von NS-Opfern im SV-ÜG und ASVG	383
2.2.1 Juden und Jüdinnen	384
2.2.2 Politisch Verfolgte	385
2.2.3 Aus religiösen Gründen Verfolgte	385
2.2.4 Roma und Sinti	386
2.2.5 Homosexuelle	386
2.3 Die konkreten Begünstigungen und deren Auswirkungen für die ehemals Verfolgten	387
2.3.1 Die Voraussetzungen: Anwartschaften, Vorversicherungszeiten und deren Berücksichtigung	387
2.3.2 Die im Sozialversicherungsrecht anerkannten Schädigungstatbestände	388
12 Inhalt	
2.3.2.1 Ausbürgerung	388
2.3.2.2 Untersuchungshaft, Freiheitsstrafe, Anhaltung	388
2.3.2.3 Arbeitslosigkeit	389
2.3.2.4 Der Problembereich der im ASVG so genannten Auswanderung	390
2.3.2.5 Sonstige berücksichtigte Schädigungen	393
2.3.3 Die konkreten Begünstigungen und deren Auswirkungen für die ehemals Verfolgten	395
2.3.3.1 Das Wiederaufleben alter Ansprüche	396
2.3.3.2 Begünstigter Erwerb späterer Ansprüche	397
2.3.3.2.1 Pflichtbeitrags- oder Ersatzzeiten	397
2.3.3.2.2 Nachkauf von Versicherungszeiten	397
2.3.3.2.3 Zahlung der Pensionen auch ins Ausland	399
2.4 Verfahrensrechtliche Regelungen	400
2.5 Die Vollzugspraxis	403
2.5.1 Die Pensionsversicherungsanstalten	403
2.5.2 Empirische Daten zur Vollzugspraxis	403
2.6 Zusammenfassende Bewertung	406
2.7 Regelungen in anderen sozialversicherungsrechtlichen Bereichen	409
2.7.1 Regelungen für Selbstständige und Bauern	409
2.7.2 Die Pensionsregelungen der Notare	411
2.8 Die Beamtenentschädigung	412
V.3. Das Opferfürsorgegesetz	416
3.1 Allgemeines	416
3.2 Der selektive Opferbegriff des OFG	417
3.3 Restriktive nicht kampf- oder verfolgungsbezogene Voraussetzungen der Anerkennung als Opfer im Sinne des OFG	419
3.4 Verfahrensprobleme	422
3.5 Zum Leistungsspektrum des OFG	425
3.6 Die rechtlichen Voraussetzungen für die Entschädigungsleistungen	425
3.6.1 Roma und Sinti und das Opferfürsorgegesetz	427
3.7 Zusammenfassung	429
V.4 Steuerrechtliche Fragen	430
Inhalt	13
V.5 Diskussionen und Maßnahmen seit den 1960er Jahren	433
5.1 Behandlung offener Fragen bis 1976	433

5.2 Die Entscheidung über die unbeanspruchten
Kunstwerke in der Kartause Mauerbach 434

5.3 Der Nationalfonds 435

5.4 Kunstrückgabe und Provenienzforschung 437

5.4.1 Maßnahmen des Bundes 437

5.4.2 Maßnahmen der Länder 438

5.4.2.1 Wien 438

5.4.2.2 Steiermark 438

5.5 Versöhnungsfondsgesetz 438

V.6 Das Washingtoner Übereinkommen und seine legistische Konsequenz 440

6.1 Das Washingtoner Übereinkommen 440

6.2 Die Novelle zum Nationalfondsgesetz 441

6.3 Soziale Maßnahmen 441

6.4 Entschädigungsfondsgesetz 442

6.5 Maßnahmen der Länder und Gemeinden 446

6.5.1 Beschluss des Wiener Gemeinderates 446

6.5.2 OÖ Restitutionsgesetz 446

V.7 Die Leistungen der Republik Österreich nach 1945 447

VI RESÜMEE 451

VII ANHANG 458

VII.1 Die Historikerkommission 458

VII.2 Dank 485

VII.3 Abkürzungsverzeichnis 492

VII.4 Tabellenverzeichnis 497

VII.5 Literaturverzeichnis 498